„DIE LINKE hat gewonnen“
Von Ruben Lehnert Seite 4

Inklusion in Berlin als Sparpaket?
Seite 7

Kostenlose Hartz-IV-Beratung bei der LINKEN Seite 6

Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · OKTOBER/NOVEMBER 2013

Wohnungsbau auf Tempelhofer Feld überflüssig

Der Senat will, dass an der Oderstraße rund 1.800 Wohnungen gebaut werden. Sie würden das Mietenniveau im Schillerkiez weiter nach oben treiben. Neukölln hat ausreichend Raum für neue Wohnungen – auch ohne das Tempelhofer Feld. Das belegt eine neue Studie, die am 24. September im Rathaus Neukölln vorgestellt wurde. Weiter auf Seite 2

100 % Tempelhofer Feld

Die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ will innerhalb von vier Monaten mindestens 200.000 gültige Unterschriften sammeln, um einen Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes zu erwirken. Darüber soll dann zeitgleich mit der Europawahl Ende Mai 2014 abgestimmt werden. Macht mit!

DIE LINKE Neukölln zur Bundestagswahl 2013:

Vielen Dank, Neukölln!

Bei der Bundestagswahl am 22. September haben 19.677 Neuköllnerinnen und Neuköllner der Partei DIE LINKE ihre Zweitstimme gegeben. Das ist ein Anteil von 14,3 Prozent. Der Direktkandidat der Partei DIE LINKE, Ruben Lehnert, erhielt 16.144 Erststimmen, mithin 11,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dafür bedanken wir uns herzlich!

Dieses Wahlergebnis spornt uns an. Wir werden weiterhin konsequent eintreten für höhere Steuern für Superreiche und Konzerne. Wir werden den Kampf für faire Löhne, bessere Sozialleistungen und gute Renten fortsetzen. Wir werden auch in Zukunft aufstehen gegen Krieg als Mittel der Politik. Wir werden ebenso gegen Bankenrettungen auf Kosten der Allgemeinheit protestieren. Wir werden uns weiterhin gegen Neonazis wehren. Wir werden dafür werben, dass der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Stromnetze und die Gründung eines Öko-Stadtwerks ein Erfolg wird. Und wir werden weiterhin Unterschriften sammeln für das Volksbegehren 100% Tempelhofer Feld, damit dieser wunderbare Park uns allen erhalten bleibt.

Wir wissen, dass wir unsere Ziele nicht alleine im Parlament erreichen können. Eine bessere Welt entsteht dann, wenn viele Menschen sie gemeinsam erkämpfen. Wir laden deshalb alle ein, die uns bei der Bundestagswahl gewählt haben, selbst aktiv zu werden: Wir freuen uns über jedes neue Mitglied, das sich mit uns zusammen einsetzen möchte für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.

Volksentscheid:

✔ Unser Stadtwerk.
✔ Unser Stromnetz.

Vattenfall den Stecker zieh’n!

Foto: DIE LINKE Neukölln

Am 3. November ins Wahllokal gehen oder per Briefwahl abstimmen.

Ausführliche Informationen zum Volksentscheid auf Seite 3.

Wo könnte gebaut werden?

Neukölln hat Raum für neue Wohnungen – auch ohne das Tempelhofer Feld zu bebauen

Nicht alle in Neukölln für den Wohnungsbau ermittelten Potenziale müssen realisiert werden, um mit der Bevölkerungsentwicklung bis 2030 Schritt halten zu können.

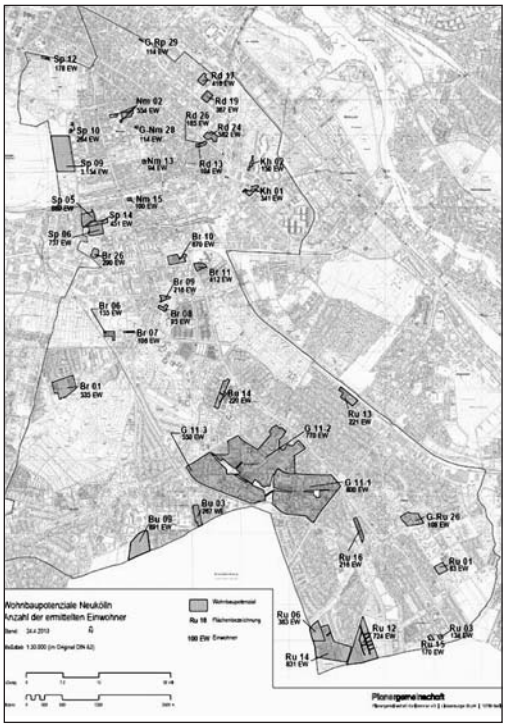
Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die am 24. September im Rathaus Neukölln vorgestellt wurde. Bezirksstadtrat Thomas Blesing räumte dabei ein, dass es „zur kurzfristigen Bedarfsdeckung weiterhin Engpässe“ geben könne. Das bedeutet, der Wohnungsmangel bleibt weiter spürbar und treibt die Mieten nach oben.

In ihrer Untersuchung kommt die beauftragte Planergemeinschaft Kohlbrenner eG zu dem Ergebnis, dass der prognostizierten Einwohnerentwicklung in Neukölln bis 2030 von ca. 20.800 zusätzlichen Einwohnern mit einem Bedarf von ca. 10.050 Wohnungen ein Wohnbaupotenzial von mindestens ca. 14.130 Wohnungen gegenüber steht, das sind ca. 3.100 Wohnungen über dem ermittelten Bedarf.

In dem ermittelten Potenzial sind ca. 1.800 Wohnungen im Neuköllner Bereich des Tempelhofer Feldes enthalten. Die Studie belegt, dass es möglich ist, dieses Potenzial vollständig von der Wohnbebauung herauszunehmen und trotzdem genügend neuen Wohnraum in Neukölln schaffen zu können.

Hinzu kommt, dass gerade die Flächen am Tempelhofer Feld negative Bewertungen bekommen, wegen Defiziten in der Infrastrukturversorgung und beim Öffentlichen Personennahverkehr.

Im Norden Neukölln innerhalb des S-Bahnrings weist die Studie auf Potenziale beim Dachgeschossausbau hin und teilweise auf Aufstockung. Außerhalb des S-Bahnrings bestünden in den Großwohnsiedlungen weitere Flächenpotenziale für „relativ günstigen Geschosswohnungsbau durch landeseigene oder genossenschaftliche Wohnungsunternehmen“. *RO*



Wohnbaupotenziale Neukölln befinden sich vor allem im Süden des Bezirks, aber auch am Mariendorfer Damm. Auch im Norden gibt es Möglichkeiten für neue Wohnungen, zum Beispiel durch Dachgeschossausbau. Die Studie mit interessantem Kartenmaterial kann im Internet heruntergeladen werden unter: www.planergemeinschaft.de/article/wohnbaupotenzialstudie-f%C3%BCr-berlin-neuk%C3%B6lln

Schwerpunkte falsch gesetzt

Neuköllner Bezirkshaushalt für 2014/2015 von SPD und CDU durchgepeitscht

Ohne große Einflussnahme der Bezirksverordnetenversammlung beschloss die Mehrheit von SPD und CDU Buschkowskys Bezirkshaushalt für die kommenden Jahre.

Gegen die Stimmen der LINKEN, Piraten und Grünen und ohne aktive Bürgerbeteiligung wurde der Haushalt nach kurzer Diskussion verabschiedet. Bis auf einen Antrag zur Finanzierung der Schuldnerberatung sind alle Änderungsanträge und sonstigen Verbesserungsvorschläge der Opposition in den Ausschüssen durch die Vertreter der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU abgebügelt worden.

Die Haushalte haben ein Volumen von cirka 755 bzw. 770 Millionen Euro, wobei nur der kleinste Teil innerhalb der BVV gestaltet werden kann. Der größte Teil des Geldes wird nur weitergeleitet.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist der Bezirkshaushalt nicht auskömmlich und die dringend notwendigen Aufgaben werden nicht oder nur zum Teil finanziert. Die Ursache für die finanzielle Unterausstattung der Länder und Kommunen war und ist die Steuersenkungspolitik der Bundesregierungen von Gerhard Schröder und Angela Merkel.

Vignette: Franz Zauleck

In Neukölln sind die politischen Schwerpunkte falsch gesetzt worden. Zum Beispiel: Während aktuell der BVV-Saal des Rathauses aufwendig modernisiert wird, sind die Büroräume von vielen Mitarbeitern des Bezirksamtes in sehr bescheidenem Zustand und auch dringend renovierungsbedürftig.

Wenn der teure Ausbau des Gutshofs Britz endlich zum Ende kommt, sollen jetzt die Straßen im Umfeld saniert werden. Hier hält DIE LINKE eine andere Mittelvergabe für dringend notwendig. Das Geld sollte mit Nachdruck in die Schulsanierung gehen. Neukölln hat im Bereich der Schulgebäude einen Sanierungsstau von ca. 80 Millionen Euro.

Das im Unterschied zu anderen Bezirken der Senat Neukölln zu keinem weiteren Stellenabbau zwingt, ist kein Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger von Neukölln. Im vorauseilenden Gehorsam wurde in Neukölln vom Bezirksamt das Personal sogar soweit reduziert, dass im Bezirk 156 Vollzeitstellen weniger zur Verfügung stehen, als nach den Vorgaben des Senats zur Erfüllung der Aufgaben vorgesehen sind. Diese Stellen fehlen in vielen Bereichen. Zum Beispiel sind die Wartezeiten in den Neuköllner Bürgerämtern nach wie vor sehr lang.

Während zusätzliche Mittel in Höhe von 440 Millionen Euro für den Ausbau des Flughafens BER vom Land Berlin ohne Mühe im letzten Nachtragshaushalt bereitgestellt wurden, fehlt in den Bezirken dringend notwendiges Geld für sinnvolle Projekte im Bildungsbereich und in der präventiven Kinder- und Jugendarbeit.

Dieser Bezirkshaushalt ist massiv unterfinanziert und die politischen Schwerpunkte sind falsch gesetzt worden. Aus Verantwortung für die Neuköllnerinnen und Neuköllner hat die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln den Bezirkshaushalt für 2014/2015 abgelehnt.

Thomas Licher
ist Haushaltspolitischer Sprecher und Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln

Weitere Informationen: www.die-linke-neukoelln.de/linksfraktion/

Am 3. November beim Volksentscheid Vattenfall den Stecker ziehen!

Abstimmen im Rathaus Neukölln
Karl-Marx-Str. 83, Raum A.119
oder in der Briefwahlstelle
Blaschkoallee 32, Raum KU 034
Montag von 8 bis 15 Uhr,
Dienstag und Donnerstag
von 11 bis 18 Uhr,
Mittwoch und Freitag
von 8 bis 13 Uhr

Foto: Berliner Energietisch

Unser Ziel ist es, dass mehr als 620.000 Menschen am 3. November am Volksentscheid mit JA stimmen und damit Vattenfall den Stecker ziehen.

DIE LINKE Berlin ist Teil des Energietischs, der den Volksentscheid initiiert hat. Wir wollen mit dem Volksentscheid erreichen, dass ein öffentlichen Stadtwerks als Anstalt öffentlichen Rechts zum Vertrieb von Strom aus 100 Prozent erneuerbarer Energie aufgebaut wird. Weiter soll eine öffentliche Netzgesellschaft für die Stromverteilung mit dem Ziel gegründet werden, bei der Ausschreibung der Konzessionen des Netzes zum 1. Januar 2015 den Zuschlag zu erhalten.

Brecht die Macht der Energiekonzerne!

DIE LINKE Neukölln setzt sich dafür ein, die Macht der Energiekonzerne zu brechen und unterstützt dafür den Volksentscheid. Die Energiekonzerne müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Doch das reicht nicht aus. Obwohl Vattenfall ein schwedischer Staatskonzern ist, wird er wie ein gewinnorientiertes Privatunternehmen geführt und hat ausschließlich das Ziel der Profitmaximierung. Deshalb müssen die Betriebe der Daseinsvorsorge einer demokratischen Kontrolle der VerbraucherInnen, der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften unterstellt werden. Erst dann ist eine ökologische und soziale Energiepolitik möglich. Wir wollen den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, als Zwischenschritt eine dezentrale Energieversorgung mit Erdgas-Blockheizkraftwerken mit Wärmeversorgung des umliegenden Stadtteils und eine dauerhafte Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien.

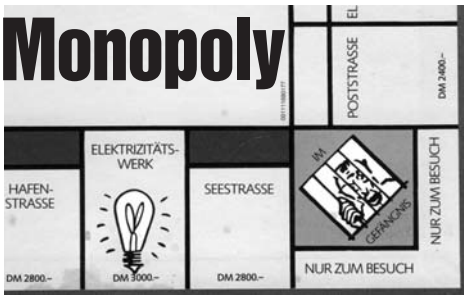
Um das durchzusetzen ist massiver politischer Druck auf den Berliner Senat und eine Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nötig. Ein erfolgreicher Energie-Volksentscheid wäre ein erster Schritt für eine demokratische Kontrolle der Energieversorgung in Berlin. Damit wird die Macht von Vattenfall und der anderen Energiekonzerne zurückgedrängt.

Wo können Sie beim Volksentscheid abstimmen?

Am 3. November in ihrem Wahllokal *oder bereits* ***vorher persönlich beim Bezirkswahlamt*** *(siehe oben). Sie können die Unterlagen entweder mitnehmen oder gleich an Ort und Stelle ausfüllen.* ***Briefwahl ist möglich.*** *Dafür die Abstimmungsunterlagen anfordern.* ***Elektronisch:*** *Auf der Internetseite der Landesabstimmungsleiterin: https://www.wahlenberlin.de/abstimmungen/VE2013_NEnergie/briefwahl/elektronisch/antrag.asp?sel1=5060&sel2=1056.* ***Oder per Post:*** *Dazu senden Sie das entsprechende Formular auf Ihrer Abstimmungsbenachrichtigung, vollständig ausgefüllt und unterschrieben, an das zuständige Bezirkswahlamt.*

Energie-Monopoly

Wie die BEWAG schrittweise an Vattenfall verkauft wurde



1997 privatisierte der CDU/SPD-Senat den Berliner Stromversorger BEWAG für 2,9 Milliarden DM, das sind knapp 1,5 Milliarden Euro.

BEWAG steht für Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges. 26 Prozent der Aktien gingen an den US-amerikanischen Konzern Southern Energy, der zugleich die Geschäftsführung übernahm. Zwei weitere Aktienpakete, zusammen 49 Prozent, wurden an Preussen-Elektra und Bayernwerk verkauft. 25 Prozent verblieben im sogenannten Streubesitz.

Preussen-Elektra und Bayernwerk verpflichteten sich, die BEWAG-Aktien mindestens 20 Jahre in ihrem Besitz zu halten. Vereinbarungen für die Sicherung von Arbeitsplätzen wurden getroffen. Doch bereits im Sommer 2000 waren diese Vereinbarungen Makulatur.

Die BEWAG war ins Netz des europäischen Energie-Monopolys geraten. Preussen-Elektra und Bayernwerk wurden in der Münchener Eon Energie AG zusammengeführt. Ihren alten Muttergesellschaften wurde aus kartellrechtlichen Gründen aufgegeben, sich von ihren ostdeutschen und Berliner Beteiligungen zu trennen. Damit standen plötzlich 49 Prozent der BEWAG-Anteile zum Verkauf, trotz der 20-Jahre-Verkaufssperre im Privatisierungsvertrag.

Es fand sich schnell ein Käufer: die Hamburgischen Electricitätswerke (HEW). Großaktionär bei der HEW war seit November 1999 die Vattenfall AB, Stockholm, der größte Energieerzeuger Skandinaviens. HEW/Vattenfall wollte mit den ostdeutschen Braunkohleverstromern Veag/Laubag und dem Berliner Versorger BEWAG die vierte Kraft im deutschen Strommarkt werden – und sie wurden es. Ende 2001 verkaufte Southern Energy, nun unter dem Namen Mirant, seine BEWAG-Anteile von zuletzt 44,8 Prozent an Vattenfall. 2003 wurde die BEWAG vollständig von der schwedischen Vattenfall AG gekauft. In Berlin wurden die BEWAG-Firmenschilder durch Vattenfall-Logos ersetzt.

Mit der Privatisierung der Berliner Stromversorgung durch CDU und SPD kamen Netz und Kraftwerke in die Hände von Energie-Global-Playern, auf die Berlin keinen wirklichen Einfluss hat. Es ist längst an der Zeit, Vattenfall den Stecker zu ziehen. *KDH*

Fotos: DIE LINKE Neukölln

In den letzten 48 Stunden des Wahlkampfes waren mehr als 100 Mitglieder und Sympathisierende der LINKEN bei Informationsaktionen im Reuterkiez, am Tempelhofer Feld, in der Hermannstraße, in der Karl-Marx-Straße, vor den Gropiuspassagen, am Bahnhof Neukölln und in Rudow präsent. Mit dem Infomobil wurde zur Wahl der LINKEN aufgerufen und gute Musik (auch zum Tanz auf der Straße) gespielt.

„DIE LINKE hat gewonnen“

Von Ruben Lehnert

Eröffnung der fünfstündigen Open-Air-Veranstaltung auf dem Hermannplatz am 31. August durch Judith Benda und Ruben Lehnert.

Im Wahlkampf erhielt DIE LINKE viel Zuspruch von jungen Erwachsenen und Menschen mit Migrationshintergrund. Aber auch neue Milieus kommen hinzu.

DIE LINKE hat in Neukölln im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 rund 1.700 Stimmen hinzu gewonnen und mit 14,3 Prozent der Zweitstimmen bundesweit das beste Ergebnis in einem West-Wahlkreis erzielt. Im Neuköllner Süden, etwa in der Gropiusstadt, erzielte sie in vielen Stimmbezirken Ergebnisse von weit über 10 Prozent.

Nach der Wahl analysierte die Berliner Landeswahlleiterin, dass DIE LINKE im Ostteil vor allem in Gebieten mit vielen älteren Menschen gewählt werde, im Westteil hingegen erziele sie in Gebieten mit jungen Erwachsenen, mittleren Altersgruppen (30 bis 65 Jahre) und Ausländern überdurchschnittlich gute Ergebnisse. Diese Einschätzung deckt sich mit meinen Erfahrungen während des Wahlkampfs.

Die meisten jungen Menschen, die ich an Oberstufenzentren, Gymnasien und Sekundarschulen traf, reagierten auf DIE LINKE sehr positiv, insbesondere auf die Forderungen nach mehr Geld für Bildung, für einen gesetzlichen Mindestlohn und die Legalisierung von Cannabis. An der Clay-Schule in Rudow zum Beispiel stimmten die Schülerinnen und Schüler nach der Podiumsdiskussion mittels Applaus über die Parteien ab. Danach stellte der Moderator fest: „DIE LINKE hat gewonnen.“ Beim U18-Speed-Dating, einer vom Bezirksamt ausgerichtete Veranstaltung für Jugendliche unter 18 Jahren, wählten die jungen Menschen nach zahlreichen Gesprächen die besten Politikerinnen und Politiker – mit bemerkenswertem Ergebnis: Gold- und Silbermedaille gingen an DIE LINKE. Auch bei einer Wahlversammlung, zu der das Magazin neukoelln.net eingeladen hatte und an der viele Erwachsene bis 40 Jahre teilnahmen, kreuzten die Gäste ihre bevorzugte Partei an – einmal vor und einmal nach der Podiumsdiskussion: Lag DIE LINKE zunächst bei etwas mehr als 11 Prozent, erreichte sie am Ende knapp 19 Prozent.

Zudem sprach DIE LINKE Menschen mit Migrationshintergrund an, vornehmlich mit arabischem Background. Zahlreiche Debatten, etwa im Deutsch-Arabischen Kulturzentrum und am Arabischen Kulturinstitut, drehten sich um den Kampf gegen Islamfeindlichkeit und Diskriminierung und für das Wahlrecht für alle Menschen. Zudem konnte DIE LINKE Menschen überzeugen, sich selbst zu engagieren: Nach einer Diskussionsrunde im Verein Al Irschad traten spontan fünf Frauen und Männer in die Partei ein.

Der Zuspruch für DIE LINKE begrenzte sich aber nicht nur auf diese beiden Personenkreise. Auch bei einer Debatte, zu der die Katholische

Gold und Silber für DIE LINKE beim U18-Speed-Dating.

Gemeinde St. Clara eingeladen hatte, konnte DIE LINKE mit ihren Positionen punkten: Nein zu Rüstungsexporten und Ja zu Flüchtlingen. Denn zu diesen beiden Themen führen Teile der Katholischen Kirche politische Kampagnen.

Dank dieses vielfältigen Zuspruchs ist DIE LINKE in Neukölln nochmals stärker geworden. Ob es gelingt, diese Stärke zu nutzen und auszubauen, liegt nun an allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Wählern, beispielsweise bei der Mobilisierung zum Volksentscheid am 3. November 2013 und beim Volksbegehren 100% Tempelhofer Feld.

Ruben Lehnert (35) hat für DIE LINKE im Wahlkreis Berlin-Neukölln für den Bundestag kandidiert.

Stationen des Bundestags-Wahlkampfes in Neukölln

„Müssen Sie auch für 'nen Appel und 'nen Ei arbeiten“, fragten die Genossinnen und Genossen die Menschen, die zum Jobcenter Neukölln gingen. Um die Frage zu unterstreichen, verteilten sie Äpfel und hartgekochte Eier und warben so für die Forderung der Partei DIE LINKE nach einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Bei Kaffee, Tee und Keksen gab es Gelegenheit, über Erfahrungen mit dem Jobcenter zu sprechen und sich ausführlicher über die Politik der Partei DIE LINKE zu informieren.

Was vielen bei „Open Air“ auf dem Hermannplatz gefallen hat, das war die offene Atmosphäre, die große Bereitschaft zum Austausch politischer Meinungen. Ja, DIE LINKE macht den Unterschied. Das wurde in vielen Gesprächen bestätigt: DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit, das heißt für höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen. Zustimmung gab es auch zur Rede von Gregor Gysi, die aufmerksam verfolgt wurde (Bild links). Plakate brachten die Botschaften der LINKEN in alle Teile des Bezirks.

Das Infomobil mit Fahrradbegleitung fand bei den Touren durch den Bezirk Zustimmung für die pointierten Texte und die gute Musik.

In der Karl-Marx-Straße führten rund ein Dutzend LINKE ein Straßen-Theaterstück auf, um die Verkäuferinnen im Tarifkampf zu unterstützen.

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0178 6254914, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

- ❑ **Ich möchte Informationsmaterial bekommen.**
- ❑ **Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.**
- ❑ **Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.**

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... **Telefon:**.....

Fotos: KDH

Marlis Fuhrmann (DIE LINKE Neukölln) präsentiert Ergebnisse einer Arbeitsgruppe. Blick ins Plenum (unten).

Neuköllner Mieter organisieren sich

Großer Andrang Mitte August bei der Auftaktveranstaltung „Bündnis für Bezahlbare Mieten Neukölln“.

Zur Auftaktveranstaltung waren etwa 160 BürgerInnen jeden Alters in das Foyer der Quartiershalle an der Rütlistraße gekommen. Eingeladen hatte der Quartiersrat Reuterplatz. Ziel dieser Veranstaltung war es, die NachbarInnen zusammenzubringen, ihre Probleme mit den steigenden Mieten in Nord-Neukölln öffentlich zu machen und ein Handlungskonzept für bezahlbare Mieten und gegen Verdrängung vom Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung zu fordern.

Einen Überblick über den Verlauf der Versammlung gibt die Presseerklärung des „Bündnisses für Bezahlbare Mieten Neukölln“. Sie kann hier gelesen werden: www.die-linke-neukoelln.de/fileadmin/neukoelln/bilder/veranstaltungen/2013/Mieten/Presserklaerung_Auftaktveranstaltung.pdf.

Lebensmittel-Tafeln im Dilemma

Seit zwanzig Jahren gibt es in Deutschland die sogenannten Lebensmittel-Tafeln.

Die Ausgabestellen für überschüssige Lebensmittel versorgen Menschen bei nachgewiesener Bedürftigkeit kostenlos oder für sehr geringe Preise. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren explosionsartig entwickelt, genauso wie die Zahl der Menschen, die regelmäßig mehrmals in der Woche vor ihren Türen Schlange stehen. Über 900 Ausgabestellen gibt es inzwischen bundesweit, sie versorgen mittlerweile rund 1,5 Millionen Menschen.

Längst sind es nicht mehr nur Erwerbs- und Obdachlose, sondern immer mehr Rentnerinnen und Rentner, Geringverdienende, Alleinerziehende, Jugendliche und Kinder, die auf die Lebensmittelspenden angewiesen sind.

Dieses Ausmaß an Bedürftigkeit macht das Dilemma deutlich, in dem sich die Tafeln befinden. Auf der einen Seite stehen die vielen Menschen, denen es am Nötigsten zum Leben fehlt. Auf der anderen Seite steht eine Sozialpolitik, die Tafel-Lebensmittelversorgung bei den viel zu niedrigen Sätzen der Hartz-IV-Leistungen und sinkenden Leistungen „einpreist“. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Tafeln in Deutschland, Jochen Brühl, appelliert deshalb an die Bundesregierung, sich deutlich stärker für eine Beseitigung von Armut zu engagieren. Er fordert schnellstmöglich eine „armutsfeste Grundsicherung“, die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf Neukölln). Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Termine: DIE LINKE.Neukölln

Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE.Neukölln
Montag, 14.10.2013, 18.30 Uhr
in der Richardschule,
Richardplatz 14, 12055 Berlin
Tagesordnungsvorschlag:
1. Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl,
2. Mobilisierung für den Volksentscheid Energie und das Volksbegehren Tempelhofer Feld.

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
Donnerstag, 24.10.2013,19 Uhr
Donnerstag, 7.11.2013,19 Uhr
Donnerstag, 21.11.2013,19 Uhr
Donnerstag, 5.12.2013,19 Uhr
Donnerstag, 19.12.2013,19 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße/BO Süd
Mittwoch, 16.10.2013, 19 Uhr
Mittwoch, 30.10.2013, 19 Uhr
Themen: „Wasserrückkauf“; Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“
Mittwoch, 13.11.2013, 19 Uhr
Mittwoch, 27.11.2013, 19 Uhr
Mittwoch, 11.12.2013, 19 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Rixdorf
Donnerstag, 17.10.2013,19 Uhr
Thema: „Revolution und Konterrevolution in Ägypten“.
Donnerstag, 31.10.2013,19 Uhr
Donnerstag, 14.11.2013,19 Uhr
Donnerstag, 28.11.2013,19 Uhr
Donnerstag, 12.12.2013,19 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Reuterkiez
Donnerstag, 17.10.2013, 19.00 Uhr
Aktivenstammtisch in der Pizzeria Leone d'Oro, Lenaustraße 28
Donnerstag, 31.10.2013,19 Uhr
Donnerstag, 14.11.2013,19 Uhr
Donnerstag, 28.11.2013,19 Uhr
jeweils im "Allmende" am Kottbusser Damm 25-26.

BO 44
Mittwoch, 30.10.2013,19 Uhr
Thema: Linksjugend ['solid]
Mittwoch, 27.11.2013,19 Uhr
Thema: Europawahl
Mittwoch, 18.12.2013,19 Uhr
Thema: „Dritte Generation“
Ort siehe: www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine

AG Hartz IV
Mittwoch, 13.11.2013, 17.30 Uhr
Mittwoch, 11.12.2013, 17.30 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

Kostenlose Hartz-IV-Beratung
Mittwoch, 13.11.2013, 14 bis16 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

Stadtwerk und Stromnetz in Berlin. Worum geht es beim Volksentscheid am 3. November?
Diskussionsveranstaltung am Mittwoch, 23. Oktober 2013, 17.30 bis 21.00 Uhr, im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin, Saal 304.

BVV-Fraktion DIE LINKE
Bürozeiten: Montag von 16 - 20 Uhr und Donnerstag von 10 – 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239 – 2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE in der BVV Neukölln
21.10., 28.10., 18.11., 25.11., 2.12. jeweils um17 Uhr,
Rathaus Neukölln, Raum A 307
Oktober-Sitzung der BVV
Mittwoch, 30.10.2013, 17 Uhr,
Rathaus Neukölln, BVV-Saal
Sonder-Sitzung der BVV
Mittwoch, 27.11.2013, 17 Uhr,
Rathaus Neukölln, BVV-Saal
Dezember-Sitzung der BVV
Mittwoch, 4.12.2013, 17 Uhr,
Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet: www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

„Ein US-Angriff wird nur noch mehr Leid über die syrische Zivilbevölkerung bringen.“

Foto: KDH

Der Antikriegstag am 1. September stand angesichts der aktuellen Kriegsvorbereitungen, insbesondere durch die USA, Großbritannien und Frankreich, unter dem Motto „Nein zum Krieg gegen Syrien!“.

Vorwand war ein Giftgaseinsatz in der Nähe von Damaskus, dessen Urheber bisher noch unbekannt sind. Christine Buchholz, friedenspolitische Sprecherin der LINKEN, warnte in ihrer Rede am Brandenburger Tor: „Ein US-Angriff wird nur noch mehr Leid und Zerstörung über die syrische Zivilbevölkerung bringen. Die Bevölkerung Syriens hat schon genug gelitten. Unter der Diktatur Assads und unter dem Bürgerkrieg.“

Inklusion in Berlin als Sparpaket?

Seit längeren gibt es in Deutschland eine Debatte zum Thema Inklusion.

Unter Inklusion versteht man laut Wikipedia die Wertschätzung der Diversität (Vielfalt) in der Bildung und Erziehung. Hierbei bemüht man sich, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen von 2006 umzusetzen.

Im Bildungsbereich soll das Ziel der Inklusion sein, dass allen Schülern gemeinsam den Besuch der allgemeinbildenden Schulen ermöglicht und es zu einer Durchmischung der Kinder mit und ohne Lerneinschränkung kommt. In Neukölln gibt es eine Reihe von Schulen mit einem besonderen Förderschwerpunkt. Besonders der Förderschwerpunkt „Lernen“ war und ist immer noch stark vertreten.

Schon seit einiger Zeit werden immer weniger auffällige Kinder von den zuständigen Pädagogen und Lehrern im Auftrag des Senats für besonders förderwürdig befunden und auf die entsprechenden Schulen mit besonderem Förderschwerpunkt geschickt. Das hatte zu Folge, dass zu Beginn des letzten Schuljahres die Kielhorn-Schule in der Kopfstraße geschlossen wurde. Die „schwierigen“ Kinder und Jugendliche werden jetzt auf die Grund- und Sekundarschulen in ihrer Nähe verteilt. Das ist eigentlich eine sinnvolle Sache, wenn sie dort weiter besonders gefördert werden könnten.

Aber die allgemeinbildenden Schulen erhalten für diese besonders betreuungsintensiven Schüler kaum zusätzliche Stellen für Lehrer und Sonderpädagogen. Die vorhandenen Lehrer sind auf die neuen Aufgaben schlecht oder überhaupt nicht vorbereitet. Schon jetzt sind sie mit den bisherigen Aufgaben völlig ausgebucht und arbeiten an ihren Belastungsgrenzen.

Für den Berliner Finanzsenator hat die Schließung der Schulen mit erhöhtem Förderbedarf einen Einspareffekt. Der Betreuungsschlüssel an den allgemeinbildenden Schulen ist viel schlechter, als in den Sonderfördereinrichtungen. Damit können eine große Zahl von Stellen eingespart werden.

Die Partei DIE LINKE tritt für Inklusion ein. Aber Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif bzw. als Sparpaket. Wenn die Sonderförderbereiche aufgegeben werden und die Schüler von dort im Sinne der UN-Konvention an die allgemeinbildenden Schulen gehen, muss dort die zusätzliche Betreuung dauerhaft gesichert werden. Dafür braucht es in Neukölln viele gut qualifizierte Lehrer und Pädagogen. Für eine aktive Inklusion sind Gemeinschaftsschulen am besten geeignet. DIE LINKE tritt für die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule ein. Damit würde ein großer Schritt in Richtung Inklusion und Bildungsgerechtigkeit getan.

Thomas Licher

Stolpersteine in der Böhmischen Straße – und ein Familienfoto

Seit dem 19. September erinnern fünf Stolpersteine vor dem Haus Böhmische Straße 28a an die Neuköllner Kommunisten Else und Emil Linke sowie an ihre Kinder. Von den Nazis wurden sie ins Exil in der Sowjetunion getrieben. Emil wurde am 16. August 1938 in Butowo bei Moskau erschossen. Nach der Deportation 1941 nach Kasachstan kehrten nach dem Krieg nur Else und Wolfgang nach Berlin zurück.

Foto: KDH

Foto: Privat

Das letzte gemeinsame Familienfoto, ca. 1935 entstanden, zeigt Else und Emil mit ihren Kindern Wolfgang, Johanna und Martin.

Neu-Köllnisch

Oktober/November 2013

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 5.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:
DIE LINKE. Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 8.10.2013
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 28.11.2013

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Auf ein Wort: Lampedusa

Lampedusa, das ist der Name einer kleinen italienischen Insel im Mittelmeer. Nur wenige Seemeilen trennen hier Europa und Afrika. Lampedusa wurde zum Hoffnungshafen für Flüchtlinge vor Krieg, Bürgerkrieg und Hunger. Aber hier hat sich die EU nach außen mit einer nassen Mauer gegen Flüchtlinge abgeschottet. Schlepperbanden machen ihre Geschäfte. So wurde das Meer vor Lampedusa zu einem Areal des Sterbens. 19.000 Bootsflüchtlinge haben seit 1998 vor den Küsten Europas ihr Leben verloren. Viele der Flüchtlinge, die auf den Oranienplatz gegen die menschenfeindliche Flüchtlingspolitik protestieren, sind über Lampedusa nach Europa gekommen. Sie solidarisch zu unterstützen, das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Legale und ungefährliche Wege für eine Einreise Schutzsuchender in die EU müssen geöffnet werden. Und hierzulande müssen endlich die diskriminierenden Sondergesetze abgeschafft werden. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss weg, ebenso die Unterbringung in Massenunterkünften, das Arbeitsverbot und die Residenzpflicht. *KDH*

Fotos: DIE LINKE Neukölln

Die Neuköllner LINKEN unterstützen des Volksbegehren zum Erhalt des Tempelhofer Feldes. Hier am 14. September vor dem Eingang an der Oderstraße beim Start der 2. Stufe des Volksbegehrens.

Senat plant ohne Konzept Wohnungen auf dem Tempelhofer Feld

Komplett neue Quartiere mit zusätzlichen Schulen, Kitas und Einkaufszentren?

Im Berliner Amtsblatt Nr. 42 sind für das Tempelhofer Feld neben Bebauungsplänen am Tempelhofer Damm und an der S-Bahn auch zwei geplante Neuköllner Baufelder angezeigt.

Während die SPD in Tempelhof schon nach einem Namen für ein neues Quartier mit 3.000 oder auch 8.000 Wohnungen sucht, hat man in Neukölln angeblich noch keine genauen Vorstellungen entwickelt. Neben B-Plan 8-68 am Werner-Seelenbinder-Sportpark betrifft dies B 8-67 – ein mehr als 300 Meter ins Feld hineinreichender Streifen entlang der Oderstraße.

Hier sollen zunächst 1.660 Wohnungen entstehen: ob Stadtvillen oder Miethäuser wird noch nicht verraten. Das wäre ein komplettes neues Quartier, welches zusätzliche Schulen, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten erfordern würde. Und eine Verkehrsanbindung an den Columbiadamm übers Feld, in Verlängerung der Oderstraße oder zur Hermannstraße durch den Schillerkiez. Dabei benennt Baustadtrat Blesing auch ohne das Tempelhofer Feld über 12.000 potenzielle Wohnungsstandorte (siehe Seite 2). Im vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem Senat, denn Neukölln ist bereits ein dicht bebauter Bezirk. Dagegen lädt die Bürgerinitiative 100% Tempelhofer Feld am 17. Oktober um 18 Uhr zu einer Bürgerversammlung in der Passionskirche ein.

DIE LINKE lehnt nicht nur einen Wohnungsbau auf dem Feld ab, sondern auch die Konzeptlosigkeit des Senats. Und will ein wohnungspolitisches Konzept für ganz Berlin mit kontrollierten kommunalen Bauherren oder Genossenschaften und bezahlbaren Mietwohnungen. Liegenschaften des Landes dürfen nicht privatisiert, die knappen Mittel nicht für Prestigeprojekte eingesetzt werden!

Marlis Fuhrmann

Flüchtlinge auf dem Oranienplatz protestieren gegen menschenunwürdige Asylpolitik.

Bürgerhearing: „Zur Verplanung des Tempelhofer Felds“

Am Donnerstag, 17. Oktober 2013, ab 18.00 Uhr in der Passionskirche
am Marheinekeplatz 1 in 10961 Berlin
Anlass: Die Bebauungspläne des Senats und die „frühzeitige Bürgerbeteiligung“

Zusammen mit der Ausstellung des Senats im Tempelhofer Flughafengebäude zu seinen Bebauungsplänen sind auch Fachgutachten zu den Folgen für Stadtklima, Eingriff in den Naturhaushalt, Lärm, Gesundheit und Soziales veröffentlicht. Sie sollen die wissenschaftliche Basis sein für die Folgenabschätzung einer Bebauung. Im Hearing werden Experten nach ihren Meinungen befragt. Gemeinsam soll beraten werden, welche Anmerkungen /Eingaben/Widersprüche sich ergeben, wie diese zu formulieren sind und wie mit diesen Informationen umzugehen ist.